



Dominik Steiger

Der partizipative Staat

Beteiligung natürlicher Personen an der Ausübung von Staatsgewalt im Verfassungs-, Verwaltungs- und Prozessrecht

Das Öffentliche Recht. Habilitationen, Band 4

587 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18283-1, Lw. mit Schutzumschlag, € 149,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428182831

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein partizipativer Staat. Dieses Buch konzeptualisiert Partizipation unter dem Grundgesetz, zeigt auf, welche vielfältigen Formen von Beteiligung Verfassungs- und Verwaltungsrecht schon heute vorsehen und wo Nachbesserungsbedarf besteht, z. B. durch Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene. Dabei geht es nicht um Ausweitung von Beteiligung zu Lasten der repräsentativen Demokratie, sondern um das richtige Maß eines gelungenen Miteinanders. Dieses wird vom Gewaltenteilungsgrundsatz bestimmt: Entscheidungen auf Legislativebene hat das Volk zu treffen. Auf Exekutivebene werden Entscheidungen von den staatlichen Stellen getroffen, allerdings ist die (betroffene) Öffentlichkeit zu beteiligen ebenso wie in ihren Rechten betroffene Einzelne. Letzteres gilt auch für die Judikativebene. Nur Partizipation, die sich an dieser »Theorie der imperativen Partizipation« orientiert, kann legitimationsstärkend wirken und somit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen fördern.

Inhalt

Einleitung: Partizipation und die Krise der Demokratie

1. Theoretische Grundlegung: Partizipation, Gewaltenteilung und die Theorie der imperativen Partizipation: Imperative Partizipation und ihr Verhältnis zu Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip und effektivem Funktionalitätsgebot — Die Gewaltenteilung des Grundgesetzes — Die rechtsdogmatische Theorie der imperativen Partizipation – Herleitung, Inhalt und Methodik

2. Der partizipative Staat *de lege lata*: Partizipation im geltenden Recht: Die Legislative: Ermöglichung von kollektiver Selbstbestimmung durch Partizipation — Die Exekutive: Partizipation im Spannungsbogen von kollektiver und individueller Selbstbestimmung — Die Judikative: Schutz individueller Selbstbestimmung durch Partizipation

3. Der partizipative Staat *de lege ferenda*: Möglichkeiten, Pflichten und Grenzen des Ausbaus partizipativer Strukturen: Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip als Optimierungsgebot — Optimierung der Legislative: Mehr Beteiligung wagen — Optimierung der Exekutive: Mehr und bessere Beteiligung wagen

Fazit und Schluss

Literatur- und Sachverzeichnis